

Kinder- und Jugend(hilfe)politik

Input: Prof. Dr. Karin Böllert (Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ), Dr. Gabriele Weitzmann (Bayerischer Landesjugendring)

Kommentierung: Heidi Schulze und Nils Rusche (jugendgerecht.de – Arbeitsstelle Eigenständige Jugendpolitik)

Moderation: Nicole Tappert (Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ)

Protokoll: Alena Franken (Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ)

Zentrale Inhalte

Die AGJ-Referentin Nicole Tappert begrüßte alle Teilnehmenden und stellte die Mitglieder der Sachverständigenkommission, Prof. Dr. Karin Böllert und Dr. Gabriele Weitzmann, sowie für die Kommentator*innen aus der Praxis, Heidi Schulze und Nils Rusche von jugendgerecht.de, vor.

In dem Forum „Kinder- und Jugend(hilfe)politik“ wurde über Beteiligung auf allen Ebenen sowie Teilhabechancen gesprochen. Die Sachverständigen erläuterten, dass Kinder- und Jugendhilfepolitik vielfältig sei und in viele gesellschaftliche Bereiche eingreife. Die Kinder- und Jugendhilfepolitik gehe über die reine Kinder- und Jugendhilfe hinaus. Es gehe etwa um die Stärkung von Kinder- und Jugendrechten, soziale Mobilität und Generationengerechtigkeit. Auf nationaler Ebene gäbe es bereits zahlreiche Initiativen, wie z.B. rund 520 Kinder- und Jugendparlamente (Stand 2018). Kinderrechte müssten ins Grundgesetz integriert werden. Die Rahmenbedingungen für Beteiligung müssten auf die Bedürfnisse von jungen Menschen zugeschnitten werden. Gleichzeitig sollten diese gestärkt werden, um ihre Interessen eigenmächtig zu vertreten. Dazu müsse die Kinder- und Jugend(hilfe)politik inklusiv und divers, aber auch krisenfest werden. Erwachsene müssten Macht abgeben. Und es müsse nach Beteiligungsinitiativen auch ein Ergebnis geben, damit eigene Gestaltungsmöglichkeiten von jungen Menschen gelebt werden könnten.

Auch auf europäischer und internationaler Ebene gebe es wichtige Bestrebungen. Die Jugendarbeit und Mobilität wurden bspw. in die EU-Jugendstrategie inkludiert. Jugendpolitiken müssten ressortübergreifend gestaltet werden. Internationale Begegnungen und Bildungsaktivitäten könnten jungen Menschen Orientierung bieten. Daher sollten alle jungen Menschen, auch die in Ausbildung, an Mobilitätsprogrammen teilnehmen können.

Kommentierung aus der Praxis von Heidi Schulze und Nils Rusche von jugendgerecht.de – Arbeitsstelle Eigenständige Jugendpolitik:

Heidi Schulze und Nils Rusche erläuterten, dass junge Menschen in immer mehr Bereichen im Sinne eines ressortübergreifenden Arbeitens mitgedacht werden müssten. Dieses ressortübergreifende Arbeiten müsse allerdings auch krisenfest gestaltet werden. Junge Menschen hätten keine starke Lobby und bräuchten mehr politische Macht. Durch Änderungen in Landesverfassungen könnten Kommunen bereits viel erreichen, wie bspw. in Brandenburg oder Baden-Württemberg. Im Bereich europäischer Jugendpolitik gebe es viele parallele Prozesse, hier müssten mehr Synergien hergestellt werden. Ein positives Beispiel für europäische Fortschritte sei, dass der Jugendcheck jetzt auch auf europäischer Ebene diskutiert werde. Bezogen auf das Thema Mobilität sei es wichtig, dass alle jungen Menschen mit ihren diversen Bedürfnissen erreicht würden. Dies müsse noch stärker von der Kinder- und Jugendhilfe eingefordert werden. Bezüglich Demokratiebildung müsse sie weiter lobbyieren für ein Selbstverständnis im politischen Raum. Allerdings sei das Thema gleichzeitig auch Gesellschaftspolitik und für Erwachsene gleichermaßen wichtig, die Polarisierung träfe nicht nur junge Menschen. Die Kinder- und Jugendhilfe habe da nur einen begrenzten Spielraum. Das Handeln von demokratischen Parteien in Regierungsverantwortung müsse möglichst vertrauensvoll aufgestellt werden, damit sich der Glauben an das Regierungshandeln und die Zukunftsgestaltung ausbilde und bestehen bleibe.

Diskussionsergebnisse

Im Plenum wurde konstatiert, dass junge Menschen mitbestimmen wollten, aber nicht lernen würden, wie dies praktisch umgesetzt werden könne. Es sollte verpflichtende Qualifizierungsangebote zur Demokratiebildung geben. Die Jugendpolitik konzentriere sich eher auf die Jugendhilfe, was problematisch sei. Auch die Schule müsste demokratischer werden, denn junge Menschen empfänden diese als einen undemokratischen Ort. Die Kinder- und Jugendhilfe habe den jugendpolitischen Auftrag, dass auch andere Orte, wo sich junge Menschen aufhalten, demokratischer würden. Gleichzeitig könne es jedoch nicht ihre Verantwortung sein, die Institution Schule in Richtung Demokratisierung zu bewegen.

Generell herrsche beim Thema Beteiligung ein Umsetzungsproblem. Es würden auch Informationen über Angebote für junge Leute in leichter Sprache fehlen. Auch knappe finanzielle Ressourcen stünden Beteiligung im Weg. Bei Beteiligungsformaten fehle es oftmals an Rückmeldung an die jungen Menschen, hier verspiele man Vertrauen. Im Hinblick auf Formate müssten sie selbst entscheiden, welche Form sie als Mitspracherohr nutzen wollten. Daneben bräuchte es Reflektion von Beteiligungsformaten durch Fachkräfte, diese seien aber überlastet.

In Bezug auf den 17. Kinder- und Jugendbericht gebe es keine Folgenabschätzung/Evaluation. Eine Forderung junger Menschen sei, dass der Bericht bei Stellungnahme der Bundesregierung von einem konkreten Maßnahmenkatalog begleitet werde.